

09.02.2022

Beschlussempfehlung und Bericht

des Sportausschusses

zum Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/13076

**Sexualisierte Gewalt im Sport - Intervention stärken, fachspezifische Beratungs- und
Betreuungsangebote ausbauen und Opfer konsequent schützen!**

Berichterstatter: Abgeordneter Bernhard Hoppe-Biermeyer

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/13076 – wird abgelehnt.

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der AfD wurde durch Plenarbeschluss vom 24. März 2021 zur Federführung an den Sportausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales und den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend mit der Maßgabe überwiesen, dass die abschließende Beratung und Abstimmung nach Vorlage einer Beschlussempfehlung im Plenum erfolgt.

Die Fraktion der AfD schreibt in ihrem Antrag, der Landtag solle feststellen, dass

1. sexualisierte Gewalt, insbesondere gegen Kinder und Jugendliche, nicht nur im familiären oder institutionellen Kontext stattfindet, sondern auch innerhalb des Breiten- und Leistungssports, und dort vermehrt in den Fokus gerückt werden müsse;
2. bei der sexualisierten Gewalt im Sportbereich von einem allein mit wissenschaftlichen Untersuchungsmethoden kaum zu fassenden Dunkelfeld ausgegangen werden muss;
3. es trotz der zahlreich verfügbaren Präventionsmaßnahmen Nachholbedarf im Bereich der Intervention und der Früherkennung gebe;
4. auf Landesebene eine zentrale, permanente Anlaufstelle für Verdachts-/Vorfälle sexualisierter Gewalt im Sport notwendig sei, um Aufklärung, Beratung, Betreuung und die Einleitung strafrechtlicher Verfolgung niederschwellig sicherzustellen;
5. Jugendämter auf Grund ihrer Auslastung kaum in die Lage versetzt werden könnten zusätzlich die Aufgaben einer Clearing-Stelle Sport zu übernehmen.

Zudem solle der Landtag die Landesregierung auffordern,

1. eine Clearing-Stelle Sport auf Landesebene (z.B. beim LSB) einzurichten und mit ausreichenden Mitteln auszustatten, die es ihr erlauben würden, Opfer sexualisierter Gewalt zu betreuen und zu beraten, strafrechtliche Schritte gegen die Täter einzuleiten und Fortbildungsmaßnahmen für verantwortliche Akteure im Sportbereich anzubieten;
2. nach einer Evaluierungsphase sowie bei Bedarf die Einrichtung weiterer Clearing-Stellen, so etwa im Gesundheitssektor oder dem Schulwesen, in Erwägung zu ziehen;
3. Rahmenbedingungen zu schaffen, die es der/den Clearing-Stelle/n ermöglichen würden, sich mit dem Bundesbeauftragten für Fragen des sexuellen Missbrauchs, der Landesfachstelle PsG NRW, den Sportverbänden sowie den Vereinen dauerhaft und effektiv zu vernetzen, um auf Fälle schneller reagieren zu können.

B Beratung

Der federführende Sportausschuss hat den Antrag in seiner Sitzung am 4. Mai 2021 erstmals beraten und beschlossen, eine Anhörung von Sachverständigen durchzuführen, die als schriftliche Anhörung durchgeführt wurde.

Anlässlich der schriftlichen Anhörung sind folgende Institutionen/Sachverständige angeschrieben worden bzw. sind folgende Stellungnahmen eingegangen:

angeschrieben	Stellungnahme
Bergische Universität Wuppertal Professorin Dr. Bettina Rulofs Wuppertal	---

angeschrieben	Stellungnahme
Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) Birgit Westers Münster	---
Landesfachstelle Prävention sexualisierte Gewalt Köln	17/4695
Landessportbund NRW Dr. Christoph Niessen Duisburg	17/4712
Deutscher Kinderschutzbund Landesverband NRW e.V. Wuppertal	17/4699
Professor Dr. Jörg M. Fegert Universitätsklinikum Ulm Ulm	---
Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs Johannes-Wilhelm Rörig Berlin	17/4715

Der mitberatende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion der AfD abgelehnt.

Die mitberatende Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion der AfD abgelehnt.

Der federführende Sportausschuss hat den Antrag in seiner Sitzung am 25. Januar 2022 aufgerufen und abgestimmt. Eine Debatte hat nicht stattgefunden.

C Schlussabstimmung

Bei der Schlussabstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD - Drucksache 17/13076 - wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion der AfD abgelehnt.

Bernhard Hoppe-Biermeyer
Vorsitzender